

Dr. Renate Strohm Lömpcke
Dorfstr. 25
17252 Schwarz

Fragenkatalog zur Anhörung

„Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes zu einer Gemeinschaftsaufgabe zur Entwicklung ländlicher Räume“

I. Auswirkungen der GAK

1. Hat sich die GAK als Gemeinschaftsaufgabe mit ihren strukturpolitischen Zielen mit Blick auf die Land- und Forstwirtschaft und den Küstenschutz bewährt?
2. Wie wirken sich die GAK-Förderprogramme auf die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Unternehmen aus und welche Bedeutung haben sie in Folge dessen für den Arbeitsmarkt im ländlichen Raum?

Der Strukturwandel und die Modernisierung in der Landwirtschaft wurde und wird schwerpunktmäßig über die in der GAK angebotenen Maßnahmen gefördert. Da die in den landwirtschaftlichen Betrieben getätigten Investitionen neben Kapazitätserweiterungen in den meisten Fällen Rationalisierungen und damit die Einsparung von Arbeitskraft zum Ziel hatten, kann davon ausgegangen werden, dass durch die angebotenen Maßnahmen der Rückgang der in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen beschleunigt wurde und in den meisten Regionen die Effekte auf den Arbeitsmarkt somit negativ einzuschätzen sind.

3. Die Themen Klimawandel und Ernährungssicherheit sind Herausforderungen der Zukunft. Kann die heimische Land- und Forstwirtschaft nachhaltig dazu beitragen, diese zu meistern und bietet die GAK hierfür Hilfe?

Der Klimaschutz ist nur ein Aspekt, insgesamt muss es darum gehen, Landnutzungssysteme zu etablieren, die dem Ziel der Nachhaltigkeit entsprechen und langfristig tragfähig sind. Dabei wäre die Erhaltung der Biodiversität, speziell der Agrobiodiversität sicher ein Aspekt, der gerade auch im Hinblick auf die Ernährungssicherheit von großer Bedeutung ist. Der ökologische Landbau schneidet hier als klar definiertes System bereits relativ gut ab. Zu vielen Fragen besteht aber noch großer Forschungsbedarf, auch um den beiden genannten Zielen stärker zu genügen.

4. Die GAK gewährt Agrarumweltmaßnahmen als Ausgleich für die Weiterbewirtschaftung benachteiligter Gebiete. Sind diese Ihrer Ansicht nach Investitionen in den Erhalt der flächendeckenden Landnutzung?

Aufgrund ihrer vergleichsweise recht geringen Höhe nehmen die im Rahmen der Ausgleichszulage geleisteten Zahlungen meiner Einschätzung nach keinen Einfluss auf die Frage der betrieblichen Ausrichtung und damit auf die Entscheidung, mit welchen Produktionsverfahren - an den jeweiligen Standort angepasst - langfristig rentabel gewirtschaftet werden kann. In der derzeitigen Ausgestaltung in Mecklenburg Vorpommern bringt sie aber speziell den tierhaltenden Betrieben ein zusätzliches Einkommen und leistet somit einen kleinen Beitrag zum Erhalt von Arbeitsplätzen. Unabhängig von dieser Einschätzung stellt sich in unserer Region mit Bodenwertzahlen zwischen 10 und 20 Bodenpunkten und Niederschlägen von unter 500 mm dennoch sehr konkret die Frage, wie Landbewirtschaftung bei absehbar sinkenden direkten Transfers an die Landwirtschaft zukünftig aussehen kann.

5. Ist die GAK nach wie vor ein Förderprogramm für die Landwirtschaft oder eher für den ländlichen Raum?

In Entwicklungsprogrammen für den ländlichen Raum werden viele Maßnahmen angeboten, die klar über die eigentliche Landwirtschaft hinausgehen, z.B. die Dorferneuerung, die Infrastrukturförderung insgesamt, der Ausbau von Betreuungseinrichtungen oder - jetzt neu- die Förderung von Kleinunternehmen. Vor allem die ländlichen Kommunen nutzen diese allgemeinen Fördermöglichkeiten je nach Haushaltssituation sehr intensiv zum Ausbau ihrer Infrastruktur. Trotz der inhaltlichen Ausrichtung der Programme auf den gesamten ländlichen Raum ist die GAK von ihrem Ansatz her ein Förderprogramm für die Landwirtschaft und sollte zum Ziel haben, die Landwirtschaft als zentralem Flächennutzer im ländlichen Raum bestmöglich in eine nachhaltige ländliche Entwicklung zu integrieren.

6. Ist der Ansatz der GAK zu agrarzentriert? Und ermöglicht er überhaupt einen sektorübergreifenden Förderansatz?

7. Leistet die GAK einen nachweisbaren Beitrag zur zukunftsfähigen Entwicklung ländlicher Räume oder sind die eingesetzten Fördermittel zu breit gestreut?

Die Frage ist, wie „zukunftsfähig“ definiert wird. Viele der Maßnahmen an sich weisen inhaltlich in die richtige Richtung, bei manchen Maßnahmen ist allerdings die Frage zu stellen, ob sie noch zeitgemäß sind. Wenn „zukunftsfähig“ heißt, dass es zum einen gelingt, dem Anspruch der Nachhaltigkeit wirklich gerecht zu werden und zum anderen die sogenannten „endogenen Potentiale“ im ländlichen Raum so weit wie möglich auszuschöpfen, so müsste es in dieser Hinsicht sicherlich eine deutlichere Schwerpunktsetzung innerhalb der GAK geben. Der Raum für innovatives Denken und entsprechende Projekte ist innerhalb des vorhandenen Rahmens sehr gering. Statt weiterhin den Ausbau der Infrastruktur zu fördern, müsste sehr viel stärker in die Menschen, kooperative Strukturen und gemeinsame Lernprozesse in den Regionen investiert werden.

8. Erfolgt seitens Bund und Ländern eine ausreichende Evaluation der Förderpolitik für die ländliche Entwicklung über die GAK?

Dies entzieht sich im einzelnen meiner Kenntnis. Eine solche intensive Evaluation wäre aber sehr wünschenswert. Dies vor allem dann, wenn die entsprechenden Qualitätsstandards erreicht werden, die Unabhängigkeit der Gutachter gewährleistet ist und die Ergebnisse in einem offenen politischen Diskurs tatsächlich zu einer Weiterentwicklung der Programme führen. Dabei wäre interessant, sehr viel stärker als bisher, die gewählten Instrumente länderübergreifend zu vergleichen und sich dann vielleicht in der Ausgestaltung auch stärker anzunähern. Da wir direkt an der Landesgrenze leben, ist manchmal nur schwer zu akzeptieren, dass die Rahmen- und Förderbedingungen auf beiden Seiten der Landesgrenze so unterschiedlich sind.

9. Bietet die Programmatik der GAK eine Grundlage für eine langfristige Politik des ländlichen Raums?

10. Welche Bedeutung hat die GAK in den Bundesländern heute?

11. Gewährleistet der Anteil der Ökolandbauförderung in der GAK den deutschen Landwirten einen ausreichenden Zugang zum stetig wachsenden Biomarkt?

Dass dies nicht der Fall ist, zeigen leider die aktuellen Entwicklungen im ökologischen Landbau, von dessen Zuwachsraten im Verbrauch in Deutschland hauptsächlich Produzenten im Ausland profitieren. Es ist schwierig, Landwirten unter den derzeitigen Rahmenbedingungen zu einem Einstieg in den ökologischen Landbau zu raten. Trotz der bestehenden Ökoförderung profitieren Ökolandwirte im Durchschnitt weniger von den staatlichen Transfers als die konventionelle Landwirtschaft. Große Potentiale für mehr Wertschöpfung, Beschäftigung und positive Umwelteffekte im ländlichen Raum bleiben damit unerschlossen.

Die geringe Umstellungsbereitschaft begründet sich aus einzelbetrieblicher Perspektive u.a. dadurch, dass die Umstellungsförderung immer noch zu niedrig ist, um das Risiko der ersten Jahre auszugleichen. Hinzu kommt, dass der Zugang zu Informationen sowie die Möglichkeit, eine gute Umstellungsberatung in Anspruch nehmen zu können, in manchen Regionen unzureichend ist. Weiterhin müsste es mehr feste Beziehungen zu den Marktpartnern geben, u.a. um den schwierigen Zugang zu Fremdkapital zu erleichtern. Für tierhaltende Betriebe kommt hinzu, dass der artgerechte Um- oder Neubau von Stallungen mit hohen Investitionen verbunden ist. Der derzeit im Rahmen der GAK gewährte Förderzuschlag bietet hierbei einen zu geringen Anreiz.

12. Wird die Erbringung gesellschaftlicher Leistungen wie Schaffung von Arbeitsplätzen, Landschaftspflege, Naturschutz und Klimaschutz über die GAK angemessen vergütet?

Die Schaffung von Arbeitsplätzen wird in der GAK nicht explizit vergütet. Was die Umweltmaßnahmen, die neben der Ökolandbauförderung angeboten werden, angeht, so ist die dort angebotene Kompensation in den meisten Fällen ausreichend (und wäre über ein angebotsorientiertes Verfahren vielleicht z.T. auch günstiger zu haben). In unserer Region bestand das Problem eigentlich immer darin, dass wir trotz einer sehr wertvollen naturräumlichen Ausstattung außerhalb der Großschutzgebietskulisse z.B. des Nationalparks Müritz liegen und damit die Möglichkeiten des Vertragsnaturschutzes nie in Anspruch nehmen konnten. Nach der Wende waren bei vielen Landwirten die Erwartungen hoch, über Landschaftspflegemaßnahmen Einkommen erwirtschaften zu können. Der in diesem Zusammenhang gegründete Landschaftspflegeverband, der eine hervorragende Plattform bot, sich über die Interessengruppen hinweg zu Naturschutzfragen abzustimmen, wurde mittlerweile aufgelöst, da nie Gelder für die Umsetzung von Maßnahmen akquiriert werden konnten. Mit dem Naturschutz „auf eigene Rechnung“ haben wir schlechte Erfahrungen gemacht, da dies in einigen Fällen neben dem Ertragsausfall zusätzlich zum Verlust von Flächenprämien geführt hat.

In MV gibt es nun im neuen Programm eine Richtlinie, die auf die Arbeit von Landschaftspflegeverbänden zugeschnitten ist. Ich sehe aber nicht, dass wir ehrenamtlich die aufwendige Aufgabe schaffen, notwendige Bündnisse neu zu organisieren. Dies wäre möglich, wenn es tatsächlich eine verlässliche Perspektive gäbe, dieses Engagement im Rahmen entsprechender Maßnahmen längerfristig finanziell zu honorieren.

Die Verbindung der an die Landwirtschaft gezahlten Transfers mit konkreten gesellschaftlichen Leistungen ist langfristig der richtige Weg. Um zu gewährleisten, dass die angestrebten Ziele erreicht werden, sind die Instrumente im Einzelnen noch entwicklungs- und verbesserungsbedürftig. Hier muss es darum gehen, die Landwirtschaft als Flächennutzer stärker in Strukturen, wie sie z.B. durch Landschaftspflegeverbände geboten werden. .

13. Inwieweit ist die GAK in der Lage kleine Unternehmen, die hauptsächlich außerhalb des agrar- und forstwirtschaftlichen Sektors auf regionaler Ebene operieren, zu fördern?

Gerade in unserem strukturschwachen Raum ist diese Gruppe der ganz kleinen Selbständigen sehr wichtig, um neben der Landwirtschaft überhaupt noch wirtschaftliche Aktivitäten in den Orten zu halten. Es gibt sehr viele Hochglanzbroschüren und viele Angebote zur Existenzgründung. Auch die so genannte die Ich-AG – Förderung wurde viel in Anspruch genommen. Die selbständige Existenz mit dem hohen Druck und den vielen Durststrecken, die damit verbunden sind, langfristig durchzuhalten, ist sehr schwierig und viele müssen nach relativ kurzer Zeit wieder aufgeben. Da die Gruppe dieser Kleinstbetriebe bisher überall aus der Förderung rausgefallen ist, halte ich ihre Einbindung in das Maßnahmenpektrum für sehr wichtig. Das Problem in der Praxis wird allerdings sein, sicherzustellen, dass die Kleinunternehmer von den Fördermöglichkeiten erfahren und die notwendigen Eigenmittel aufbringen können. Darüber hinaus ist gerade für diese Kleinunternehmen die Vernetzung innerhalb der Region und die damit verbundene Verbesserung ihrer geschäftlichen Rahmenbedingungen und Absatzmöglichkeiten sehr wichtig. Dies können sie alleine kaum leisten.

Aus Sicht der Antragsteller wäre es sehr wichtig, dass auch die beratenden Institutionen vor Ort koordiniert arbeiten. So würden wir uns für unsere Region ein in anderen Regionen bereits erfolg-

reiches Modell wünschen, nämlich die Wirtschaftsförderung direkt mit einem sektorübergreifend arbeitenden Management für den ganzen ländlichen Raum zu koppeln. Dies ist aber bisher nicht durchsetzbar.

14. Ist die GAK-Förderung konsequent am Prinzip der integrierten ländlichen Entwicklung ausgerichtet? Wie kann sie in dieser Hinsicht verbessert werden?

Bisher greift die ILE nur bei einem Teil der angebotenen Maßnahmen. Vermutlich wird es auch in Zukunft Maßnahmen geben, deren Bindung an die ILE nicht sinnvoll ist.

Aus der Perspektive potentieller Antragsteller völlig undurchsichtig ist bei uns das Nebeneinander des in die Regelförderung integrierten Leader-Ansatzes und der über ILE laufenden Maßnahmen. Einfacher wäre es beide Ansätze zusammenzufassen und dann auch konsequent umzusetzen. D.h., dass die im IIEK oder der GLES dokumentierten Inhalte tatsächlich Ergebnis eines breiten regionalen und integrierten Prozesses sind und die Entscheidung über die Auswahl der Projekte von einem regionalen Gremium erarbeitet wird.

In der Praxis werden die regionalen Konzepte aber häufig in Amtsstuben oder Planungsbüros erarbeitet und können dann nicht ausreichend mit guten Projekten unteretzt werden, da es an kreativen und investitionsbereiten Akteuren und - vor allem in den ostdeutschen Ländern- an zivilgesellschaftlichen Strukturen fehlt. In einem dünn besiedelten Flächenland mit zusätzlich hoher Abwanderung sind solche Prozesse zentral sehr schwer zu initiieren und durchzuführen und bedürfen intensiver und kompetenter Begleitung, wenn sie gelingen sollen. Nicht zuletzt aufgrund der großen Entfernungen und aufgrund des hohen Zeitaufwandes entstehen für private Akteure erhebliche Kosten, denen im Ergebnis auch ein entsprechender Nutzen gegenüberstehen muss. Deutlich mehr Menschen werden erreicht, wenn die Handlungskompetenz stärker in den Kommunen verankert ist, wie es in einigen Bundesländern wohl der Fall ist.

15. Werden bei der GAK-Förderung regionale Kooperationen ausreichend berücksichtigt, insbesondere wenn diese die Verwaltungsbezirksgrenzen überschreiten, und nicht-landwirtschaftliche Akteure mit einbeziehen?

Dies wird in den einzelnen Bundesländern sicherlich unterschiedlich gehandhabt und ist sehr stark von den Strukturen in den entsprechenden Institutionen abhängig. Mein Betrieb liegt im Urlaubsgebiet der „Brandenburgisch-Mecklenburgischen Kleinseenplatte“, befindet sich an der Schnittstelle zweier Landkreise und grenzt unmittelbar an die brandenburgische Landesgrenze. Neben den Problemen, die dies für den Alltag mit sich bringt (z.B. die Schulanbindung, Informationsbarrieren, etc.), gibt es auch klare Nachteile im Hinblick auf die wirtschaftliche, in unserem Fall vor allem die touristische Entwicklung der Region. Wir haben z.B. auf brandenburgischer Seite gerade ein sehr attraktives Ring- und Rufbussystem installieren können, an dem sich viele Touristikunternehmen auch solche mit landwirtschaftlichem Hintergrund beteiligen. Die Urlaubsorte auf mecklenburgischer Seite ebenfalls an dieses System anzuschließen und damit die Erreichbarkeit innerhalb der Urlaubsregion und von Berlin aus deutlich zu verbessern, ist ein Projekt für mehrere Jahre, weil es sehr viel Engagement erfordert, Länder- und Kreis übergreifend öffentliche Verwaltungen und in diesem Falle zusätzlich den öffentlichen Nahverkehr zu einer Zusammenarbeit zu bewegen. Eine länderübergreifende Kooperation über Leader, die für verschiedene Projekte aus dem Bereich Landtourismus und Vermarktung regionaler Produkte angestrebt war, wird sich wohl nicht realisieren lassen, weil die Förderbedingungen auf mecklenburgischer Seite sehr viel ungünstiger sind, so dass derzeit generell die Umsetzung von Leader-Projekten über private oder gemeinnützige Träger in Frage steht.

Projekte, wie das Ringbussystem tragen maßgeblich zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die in diesem Bereich tätigen Unternehmen bei. Sie lassen sich nur realisieren, wenn sehr viel Engagement von den zuständigen Verwaltungen vorhanden ist und oder Finanzmittel für eine professionelle Konzeption und Koordination zur Verfügung stehen, um das ehrenamtliche Engagement der Beteiligten zu bündeln. Solche Mittel sind nur schwer zu bekommen. Über Regionen Aktiv war dies vergleichsweise einfach, einige dieser Vernetzungsprojekte waren im Ergebnis dann sehr erfolgreich.

Da ein kooperatives Vorgehen zwar politisch gewollt ist, in der Praxis auf den unteren Ebenen aber kaum zu realisieren ist, braucht es klare Vorgaben von „oben“ sowie finanzielle Anreize, die den Mehraufwand dieser grenzüberschreitenden Pionierarbeit tatsächlich abdecken.

II Mittelverwendung

1. Wie haben sich die Mittelzuweisungen im Einzelplan zehn des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz für die GAK in den letzten zehn Jahren entwickelt?
2. In welchem Umfang haben die Länder die Mittel der GAK in den letzten zehn Jahren abgerufen, bzw. werden die GAK – Mittel, die Jahr für Jahr in die Haushalte von Bund und Ländern eingestellt werden, ausgeschöpft?
3. Was sind die Ursachen für die unvollständige Inanspruchnahme der GAK-Mittel durch die Länder?
4. Welche Maßnahmen sollten ergriffen werden, damit die GAK-Mittel tatsächlich von den Ländern in vollem Umfang abgerufen werden?
5. Wie hoch ist der Anteil der GAK-Mittel, der direkt zur Förderung einer unternehmerischen Landwirtschaft in Deutschland zurzeit eingesetzt wird?
6. Wie hoch ist der Anteil der GAK-Mittel, die dem Küstenschutz zugute kommen?
7. Wie hoch ist der Anteil der GAK-Mittel, der zurzeit für Maßnahmen und Programme eingesetzt wird, der nicht direkt der Landwirtschaft zu Gute kommt?
8. Welche Herausforderungen sehen Sie auf den Küstenschutz, angesichts des erwarteten Klimawandels, zukommen und sind die bisherigen Mittel für den Küstenschutz ausreichend und wenn nein, wie hoch schätzen Sie den zusätzlichen Bedarf?
9. Wie schätzen Sie die Streubreite der Fördermittel ein? Werden die gewünschten Zielgruppen über die Förderung erreicht?

Da einiges Know How, viel Durchhaltevermögen und vor allem Eigenkapital notwendig ist, um einen Förderantrag zu stellen und zu einem positiven Ende zu bringen, werden zwangsläufig einige der potentiellen Zielgruppen, die Vielfalt und Wertschöpfung in den ländlichen Raum bringen könnten, nur schwer einen Weg finden, ihre Vorhaben zu realisieren. Dazu zählen Kleinerzeuger, kapitalschwache landwirtschaftliche Betriebe, die diversifizieren und verarbeiten wollen., und ganz einfach viele derjenigen, die Ideen haben, Potentiale erkennen, neue Produkte entwickeln wollen, über zu wenig Kapital verfügen und nicht die richtigen Partner finden.

Für Frauen ist der Aufbau einer selbständigen Existenz u.a. aufgrund der familienbedingten Brüche in der Berufsbiographie oft zusätzlich erschwert. Ihrer speziellen Situation wird in den bestehenden Programmen bisher kaum Rechnung getragen. Gerade in den von Abwanderung gekennzeichneten ländlichen Regionen wäre dies aber besonders wichtig.

In unserem touristisch ausgerichteten Bundesland sind es oft (gemeinnützige) Vereine, die durch ihr Engagement z.B. zur Erhaltung von Gutshäusern und Parks, der Erhaltung von Kulturdenkmälern, der Belebung des kulturellen Lebens, der Verbesserung der Umweltsituation, etc. einen wichtigen Beitrag leisten, um wirtschaftliche Aktivitäten in den Gemeinden zu initiieren und durch ein attraktives Umfeldes auch erfolgreich werden zu lassen. Aufgrund der unterdurchschnittlichen

Einkommenssituation im Land ist die Kapitaldecke der Vereine sehr dünn. Ohne zusätzliche Beihilfen sind sie kaum in der Lage Eigenanteile aufzubringen und die mit ihrem Vereinszweck korrespondierenden Fördermittel in Anspruch zu nehmen, um Projekte umzusetzen.

Weiterhin gibt es, obwohl das Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum sich sehr stark an die Kommunen als Antragsteller richtet, leider auch Bürgermeister und Gemeinderäte, die sich ohne externe Unterstützung nur schwer an die Beantragung von Fördermitteln wagen, weil sie sich mit dem bürokratischen Aufwand überfordert fühlen. Den Bürgern werden in diesen Fällen entsprechende Entwicklungschancen vorenthalten. Auch hier wäre zu wünschen, dass sich neue Formen der Wissensvermittlung im ländlichen Raum etablieren und somit auch die Kommunen mehr Impulse und Unterstützung von außen erhalten.

Neben der Hürde des Informationszugangs und der Komplexität der Antragsverfahren an sich, schließt auch die Ausgestaltung der Förderung bestimmte Zielgruppen aus. Zu nennen wären hier die Untergrenze in Höhe von 30.000 Euro bei Investitionen, ein pauschaler Fördersatz von 25% für Investitionen ohne Berücksichtigung der Priorität des Projektes im Kontext der Region, der Ausschluss jeglicher Personalförderung (die dann mühsam über den ESF doch wieder in die Projekte integriert wird) und die zumindest in MV vorhandene Bedingung für die Durchführung von Leader-Projekten die 20 %-ige Kofinanzierung eines öffentlich kontrollierten Haushaltes nachzuweisen. Letzteres führt dazu, dass Antragsteller aus dem privaten Sektor in der Praxis nahezu vollständig von der Inanspruchnahme der über Leader ausgereichten Mittel ausgeschlossen sind.

10. Wie viele Fördermittelempfänger hat die GAK und welche Bedeutung haben die Programme der GAK für die Empfänger?
11. Ist die GAK mit ausreichend Haushaltsmitteln ausgestattet, um eine zukunftsfähige Entwicklung ländlicher Räume in Deutschland zu ermöglichen?
12. Wie haben Bund und Länder ihren Etat-Anteil an der Förderung ländlicher Räume in den letzten Jahren politisch gestaltend genutzt?
13. Orientiert sich die Fördermittelvergabe von Bund und Ländern überwiegend an Maßnahmen, die von der EU kofinanziert werden?
14. Ist es sinnvoll und möglich, die Verantwortung bei der Vergabe der GAK-Mittel stärker auf die Ebene der Akteure in den Regionen (bottom-up-Prinzip) zu verlegen?

Vom bottom-up-Prinzip können bei entsprechender Umsetzung neue und besonders innovative Impulse für die ländliche Entwicklung ausgehen. Dafür gibt es mittlerweile auf Basis der Erfahrungen in den Regionen viele Belege. Aber es klappt eben nur bei der entsprechenden Umsetzung. Hier war die Bandbreite des Umsetzungserfolges bei Leader und auch bei Regionen Aktiv sehr groß.

Ein wesentlicher Einflussfaktor ist dabei nach meiner Erfahrung die Qualität der Institutionen, die diesen Prozess begleiten und koordinieren und die Offenheit der staatlichen Stellen für ein solches Vorgehen. Innerhalb des Netzwerkes der über Regionen Aktiv geförderten Modellregionen konnten wir sehen, dass die in den neuen Bundesländern gelegenen Regionen, besonders aber die aus dem Nordosten deutlich mehr Schwierigkeiten in der Umsetzung hatten und auch die Verstetigung der mit Fördermitteln aufgebauten Strukturen, nur mit großer Mühe realisieren konnten. Dünne Besiedelung, entsprechend wenig ehrenamtlich zu motivierende Akteure, starke Dominanz einzelner Interessengruppen, große Entfernungen, Mangel an zivilgesellschaftlichen Strukturen, Berührungs- und Konkurrenzängste in der öffentlichen Verwaltung, zu geringe Bezahlung und entsprechend nicht ausreichende Qualifikation der hauptamtlich mit der Koordination beschäftigten Personen sind nur einige Gründe, die es hier zu nennen gibt. Diese speziellen Bedingungen müssten in der Konzeption eines solchen Ansatzes Berücksichtigung finden und die Programme entsprechend weiterentwickelt werden.

Für den Erfolg des bottom-up-Prinzip und die Arbeit auf der dezentralen Ebene wirkt sich -so wie wir es in unserer Region erleben - die mangelnde Abstimmung der verschiedenen Ressorts besonders kontraproduktiv aus. Jeder Fördertopf und jeder von einem Ministerium ausgelobte neue Wettbewerb erfordert ein neues Akteursnetzwerk, bindet Zeit und generiert neue öffentlich geförderte Managementstrukturen. Viele Prozesse laufen parallel, die öffentlichen Verwaltung engagiert sich je nach ihrem speziellen Interesse und ihren Möglichkeiten unterschiedlich stark und der Zeithorizont der jeweiligen Initiative ist so gering, dass die Strukturen, wenn sie nach vielen positiven Lernprozessen auf einem gutem Weg sind, mangels Finanzierungsperspektiven wieder zusammenbrechen (wie z.B. im Fall von einigen über Regionen Aktiv geförderten Modellregionen). Die gesammelten Erfahrungen werden selbst, wenn sie in Evaluierungen erfasst wurden, nicht systematisch wieder in den Entwicklungsprozess in den Regionen eingespeist. Bei vielen der sogenannten Akteure vor Ort führt dies mittlerweile zu erheblicher Resignation.

Vor diesem Hintergrund ist mein Eindruck, dass von Seiten der Politik die Bedeutung der institutionellen und zivilgesellschaftlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Entwicklung im ländlichen Raum sehr unterschätzt wird. Ich könnte mir vorstellen, dass eine ländervergleichende Evaluierung des Leader-Programms im Hinblick auf diese institutionellen Aspekte (wie z.B. kommunale Strukturen, Zusammensetzung der LAGs, Qualifikationsniveau des Regionalmanagements, Rolle der öffentlichen Verwaltung, etc.) sehr interessante Ergebnisse bringen würde. Persönlich habe ich durch meine Teilnahme an den jeweiligen LAGn den Vergleich zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg und es lassen sich bereits jetzt für die neue Förderperiode große Unterschiede in der Bedeutung und dem potentiellen Erfolg von Leader für den ländlichen Raum absehen.

Trotz der angedeuteten Probleme haben ein großer Teil der über Regionen Aktiv in unser Region durchgeführten Projekte in der Kosten – Nutzen – Analyse besser abgeschnitten als dies üblicherweise in der Regelförderung der Fall ist. Dies lag im wesentlichen am überdurchschnittlich großen Engagement privater Akteure und dem vernetzten Agieren.

Die Entscheidung über die Vergabe von Fördermitteln auf die Ebene der Akteure zu verlagern, ist deswegen so wichtig geworden, weil es andere demokratische Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten in den Dörfern kaum mehr gibt. Dort, wo die Programme greifen, beleben sie den ländlichen Raum, indem die Menschen in den öffentlichen Raum zurückholen und ein Gegengewicht zu den sonstigen Zentralisierungsprozessen schaffen. Gerade Frauen, die sich neue Standbeine schaffen wollen, profitieren von dem vorhandenen Netzwerk und der unkompliziert, auch in vergleichsweise kleinen Beträgen auszahlbaren Förderung.

Was die Mittelvergabe selbst angeht, so wäre die Verlagerung eines zu großen Budgets allein auf die untere Entscheidungsebene im Falle unserer Region nicht sinnvoll gewesen, da in kleinen Akteursnetzwerken einfach die Gefahr besteht, dass einzelne Interessengruppen sich mit ihren Ansprüchen durchzusetzen wissen. Im Hinblick auf die Frage einer Optimierung der Mittelvergabe wäre z.B. ein Vergleich zwischen den im Rahmen von LEADER und dem bei Regionen Aktiv praktizierten recht pragmatischen Modell sehr interessant.

Ein sehr positives Beispiel dafür, dass auch die Verlagerung von Agrarumweltmaßnahmen auf die regionale Ebene möglich sein kann, ist das im Landkreis Northeim unter Federführung der Universität Göttingen realisierte Projekt „Ergebnisorientierte Honorierung ökologischer Leistungen“. Aufgrund des Charakters als Modellvorhaben können dort sehr intensiv sowohl die ökologischen Voraussetzungen erforscht als auch die institutionellen Prozesse z.B. bei der Vergabe der Mittel optimiert werden. Solche „Leuchtturmprojekte“ , in denen Forschung, Unternehmen und öffentlicher Sektor auf regionaler Ebene konstruktiv zusammenarbeiten, bräuchte es im ländlichen Raum viel mehr.

III. Verhältnis GAK/sonstige Förderprogramme

1. Kann man ausschließen, dass eine neue Gemeinschaftsaufgabe für den ländlichen Raum Abgrenzungsprobleme mit bestehenden Programmen nach sich zieht, die bereits ähnliche Ziele verfolgen?
2. Ist die Koordination zwischen den einzelnen Säulen und Förderprogrammen der Regionalpolitik bzw. Politik für ländliche Räume in Deutschland ausreichend?

Mit Sicherheit nicht, vieles müssen die Beteiligten auf den unteren Ebenen selbst leisten. Diese Abstimmung zu verbessern wäre aber eine Voraussetzung um einen effizienteren Umgang mit den in der zweiten Säule ausgereichten Mittel zu erzielen und entsprechend auch eine Umschichtung von der ersten in die zweite Säule zu rechtfertigen.

Ich bin dabei, meinen auf einem extremen Grenzstandort gelegenen und derzeit im Haupterwerb nicht existenzfähigen landwirtschaftlichen Betrieb zu diversifizieren, Beherbergungsmöglichkeiten aufzubauen und außerlandwirtschaftliche Dienstleistungen anzubieten. Für die Durchführung eines solchen integrierten Vorhabens, das landwirtschaftliche, touristische und sonstige gewerbliche Aspekte beinhaltet und evt. noch gemeinnützige Ziele im Bildungsbereich verfolgt, gilt es die Programme von mindestens vier Ministerien im Blick zu haben, bei der integrierten ländlichen Entwicklung mitzuwirken, entsprechende Rechtsformen vorzuhalten, baurechtliche und steuerliche Fragen zu beachten und mit mehreren Bewilligungsbehörden zu verhandeln. Der Aufwand für Koordination und Umfeldpflege ist also erheblich. Fördermittel können nur für den investiven Bereich und das in sehr begrenztem Umfang beantragt werden, der ganz überwiegende Teil der Finanzierung muss aus anderen Quellen aufgebracht werden. Dies ist nur möglich auf Basis der vergleichsweise sicheren Mittel aus der ersten Säule. Welche Einkommensmöglichkeiten sich mittel- bis langfristig auf Basis der zweiten Säule auf unserem Standort realisieren lassen, ist im Vergleich dazu wenig absehbar und kalkulierbar.

IV. Verhältnis GAK/EU

1. Für die Umsetzung der Strukturfonds in Deutschland in der Finanzperiode 2007 bis 2013 werden rund 25 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Ziel der daraus finanzierten Programme ist es zum Beispiel Innovation und wissensbasierte Wirtschaft, Umwelt- und Risikoprävention, Verkehrs- und Telekommunikationsdienstleistungen außerhalb von städtischen Zentren zu fördern. Ist es möglich die Umsetzung der EU-Strukturfonds weiter zu optimieren und noch effizienter zu gestalten?

Wünschenswert wäre, dass diese Ziele tatsächlich Eingang in das auch für mich als Unternehmerin im ländlichen Raum zugängliche Förderinstrumentarium oder andere konkrete Angebote fände. Wir leben noch in einer Welt ohne DSL, was für einige selbständige Existenzen auf den Dörfern angesichts der bessergestellten Konkurrenz in absehbarer Zeit das sichere Aus bedeutet, Neuan-siedlungen verhindert, die Kinder in ihrem schulischen Fortkommen behindert und beachtliche Mehrkosten verursacht. Hier muss einfach mal gehandelt werden.

Der flächendeckende Ausbau der Telekommunikationsdienstleistungen ist darüber hinaus ja auch elementar, um die anderen genannten Ziele wie den Übergang zu einer innovativen und wissens-basierten Gesellschaft überhaupt anpacken zu können.

2. Welche heute bereits existierenden Förderlinien der EU, des Bundes bzw. der Länder würden sie unbedingt in eine „Gemeinschaftsaufgabe zur Entwicklung ländlicher Räume“ einbeziehen?

3. Inwiefern halten sie Erfahrungen der Förderprogramme „Leader“ bzw. „Regionen Aktiv“ in den unterschiedlichsten ländlichen Regionen als nützlich für die Entwicklung einer „Gemeinschaftsaufgabe zur Entwicklung ländlicher Räume“?

Im Rahmen der beiden Förderprogramme wurde bezogen auf eine bestimmte Gebietskulisse das versucht, was - im Großen gedacht- Ziel einer „Gemeinschaftsaufgabe für den ländlichen Raum“ wäre, nämlich sektorübergreifend alle Gruppen ins Boot zu holen, die einen Beitrag zur nachhaltigen und tragfähigen Entwicklung der ländlichen Regionen leisten können - Verwaltung, Unternehmen, Bürger, Vereine und Verbände, Wissenschaft und sonstigen Institutionen, usw..

In den durch Regionen Aktiv geförderten Modellregionen konnte all diesen Akteuren eine gemeinsame Plattform gegeben werden. Aus der sektorübergreifend stattfindenden Kommunikation entstanden neue Geschäfts- und Projektideen. Netzwerke haben sich gebildet und mit der Zeit stabilisiert. Von letzteren profitieren in besonders hohem Maße Existenzgründer oder sich neu in der Region ansiedelnde Unternehmer. Durch die Vernetzung mit anderen Regionen im In- und Ausland konnte zusätzliches Know How, Ideen oder auch handfeste Geschäftsbeziehungen in die Region geholt werden.

Gute Ergebnisse und nachhaltige Entwicklungsimpulse hat das in der zweiten Phase von Regionen Aktiv favorisierte Arbeiten entlang von Wertschöpfungsketten bzw. die Bildung von Clustern gebracht. Diese Fokussierung führt sehr schnell zu einer zielorientierten, sektorübergreifenden Vernetzung. Ein weiterer Schlüssel für den Erfolg ist, dass es ein Budget gibt, das nicht an starre Richtlinien gebunden ist und es für die Akteure die Aussicht gibt, besonders Erfolg versprechende und innovative Ideen zeitnah umsetzen zu können. Dieses Budget muss dabei nicht zwangsläufig in der Region selbst verwaltet werden. Hier gibt es einfach noch Forschungs- und Diskussionsbedarf.

Im Hinblick auf die gestellte Frage, würde ich aus den Erfahrungen in unserer Region folgendes Fazit ziehen:

- Mit Kommunikation über die eigene Region hinaus, Qualifizierung, funktionsfähigen Netzwerken, sektorübergreifender Begegnung, professioneller Beratung, innovativem Denken insgesamt, gutem Management, etc. werden die Voraussetzungen geschaffen, um Gelder im investiven Bereich effizient ausgeben zu können. Dies sollte sich in der Gewichtung der verschiedenen Ansatzpunkte im Rahmen einer Politik für den ländlichen Raum niederschlagen.
- Eine Herangehensweise über das Optimieren von Wertschöpfungsketten hilft den Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel zu bündeln und die intersektorale Vernetzung in der Region zu beschleunigen.
- Echte Pilotvorhaben mit Modellcharakter für den ländlichen Raum müssen die Chance haben, auch realisiert zu werden.
- Die Forschungsaktivitäten sollten verstärkt werden und konkreter bei den Akteuren und in den Regionen selbst angebunden sein.
- Entwicklungsprozesse brauchen Zeit und Kontinuität. Gerade in besonders strukturschwachen, dünn besiedelten Regionen braucht die Entwicklung eines innovativen Umfeldes besonders lange. Bei den integrierten Ansätzen wäre es sinnvoller die Förderung über einen längeren Zeitraum zu verteilen und die Gewichtung zwischen nichtinvestiven und investiven Maßnahmen im Laufe der Zeit anzupassen. Je älter der Entwicklungsprozess in den Regionen ist, umso ausgereifter, vernetzter und tragfähiger werden die Projekte.
- Die Schnittstellen zwischen den Akteuren der ländlichen Entwicklung und der staatlichen Verwaltung bedürfen besonderer Aufmerksamkeit. Die organisatorische Einbindung zusätzlicher intersektoral zu vernetzender Managementstrukturen speziell für den ländlichen Raum muss grundsätzlich geklärt werden. Gut funktionierende Modelle sollten kommuniziert werden.
- Diese Managementstrukturen haben zentralen Einfluss auf den Erfolg der angestrebten Entwicklungsprozesse und sollten daher auch entsprechend dotiert und besetzt werden.

In unserer Region sind die für die Zukunft tragfähigsten Effekte dort erzielt worden, wo es gelungen ist, durch die Ermöglichung einer Anschubfinanzierung neue Strukturen wie z.B. eine Erzeugergemeinschaft aufzubauen, um dann in enger Kooperation zwischen Kommunen, Unternehmern und –sektorübergreifend- den Ministerien der verschiedenen Ressorts einzelne Investitionen mit relativ hohen Fördersätzen zu realisieren. Diese profitieren in der Anlaufphase von dem bereits im Vorfeld geschaffenen vernetzten Umfeld. Ein solcher Prozess gelingt, wenn zum richtigen Zeitpunkt neues Know How, gutes Management und die notwendigen Finanzmittel in der Region verfügbar ist.

Sehr nachhaltig waren auch Projekte, die Produktentwicklungen wie z.B. die Entwicklung verschiedener Rapsölprodukte zum Inhalt hatten. Über die Regelförderung hätten gerade diese Projekte nicht angeschoben und realisiert werden können.

4. Inwiefern könnte nach ihrer Einschätzung die ELER-VO als entscheidende Vorgabe zur Entwicklung einer nationalen „Gemeinschaftsaufgabe zur Entwicklung ländlicher Räume“ genutzt werden?
5. Wird die GAK als nationaler Förderrahmen für die ländlichen Gebiete in Deutschland dem sektorübergreifenden Ansatz der ELER Verordnung gerecht?
6. Garantiert die GAK eine adäquate und vollständige Umsetzung der ELER-Maßnahmen in Deutschland oder gibt es Einschränkungen der europäischen Förder Richtlinien?
7. Welche Maßnahmenfelder der ELER-Verordnung könnten auch ohne Änderung des Artikel 91a im Grundgesetz in die GAK integriert werden, bei welchen Maßnahmenfeldern wäre eine Änderung des Artikels 91 a GG nötig?
8. Welche Veränderungen in der GAK sind nötig, um neben den Mitteln der ELER-Verordnung auch Mittel des ESF und des EFRE für eine Gemeinschaftsaufgabe ländlicher Raum nutzen zu können und in welchen Bereichen wäre der Einsatz dieser Mittel denkbar?

V. Weiterentwicklung der GAK

1. Halten sie den Weg einer derartigen Weiterentwicklung der heutigen GAK zu einer „Gemeinschaftsaufgabe zur Entwicklung ländlicher Räume“ für praktikabel?
Ein wichtiger Schritt wäre bereits, wenn die auf den landwirtschaftlichen Sektor bezogenen Maßnahmen so gestaltet würden, dass von der Landwirtschaft in größerem Umfang zusätzliche positive Effekte für die Entwicklung des ländlichen Raumes ausgehen. Dies kann die Flächennutzung selbst betreffen, die eine weitere Diversifizierung hin zu mehr Multifunktionalität und Angebotsvielfalt oder eine Vorreiterrolle im Hinblick auf die Etablierung innovativen Denkens im ländlichen Raum beinhalten. Inwieweit andere wichtige Bausteine einer Politik für den ländlichen Raum über eine GAK abzudecken wären, vermag ich nicht zu beurteilen.
2. Die bisherige GAK war und ist bis heute in erster Linie ein wichtiges Instrument zur Entwicklung der Landwirtschaft und der eng mit ihr verbundenen Bereiche.
 - Welche zukünftig denkbaren Einsatzbereiche in zu entwickelnden ländlichen Räumen würden sie als „landwirtschaftsnah“ definieren?

- Welche Einsatzbereiche würden sie im Gegensatz dazu generell auch nach der Entwicklung einer solchen „Gemeinschaftsaufgabe zur Entwicklung ländlicher Räume“ von einer denkbaren Förderung ausschließen?
3. Zunehmend wird es in den kommenden Jahrzehnten um Probleme einer Stabilisierung und Konzentration existierender sozialer und technischer Infrastruktur in besonders strukturschwachen Regionen gehen.
- Inwiefern reichen ihrer Auffassung nach die bisherigen gewachsenen Strukturen und Verfahren der heutigen Exekutive aus, um dieser Herausforderung gewachsen zu sein?
 - Sehen sie zukünftige Alternativen?
 - Welche Handlungsempfehlungen geben sie angesichts begrenzter Kapazitäten öffentlicher Haushalte und einer stark rückgängigen Bevölkerung?

Vor dem Hintergrund der großen Probleme, die hier auf die ländlichen Räume zukommen, ist es schwer in wenigen Sätzen befriedigende Lösungsansätze zu präsentieren. Aus meiner Sicht wird es aber nicht um eine Konzentration der Infrastruktur, sondern in den meisten Bereichen um eine sinnvolle Dezentralisierung gehen müssen.

In unserer Region, dem Gebiet der „Mecklenburgischen Seenplatte“, die drei Landkreise umfasst, brauchen wir zunächst eine Verwaltungsreform mit der Schaffung effizienter und trotzdem bürgernahe und dezentraler Strukturen. Dies muss einhergehen mit einer problemorientierten Flexibilisierung, z.B. bei der Frage der Schulstandorte, des öffentlichen Nahverkehrs, etc..

Absehbar ist weiterhin, dass die Lebensqualität in den dünn besiedelten Räumen nur erhalten werden kann, wenn es gelingt, die Menschen zu mehr Eigenengagement und der Übernahme von Verantwortung zu bewegen, um zumindest die Probleme, die sich in den Dörfern auch in Eigenregie lösen ließen, anzupacken. Zu beobachten ist aber in vielen Orten, dass sich die Menschen teils aus Resignation teils aufgrund ihrer persönlichen Einstellung aus dem öffentlichen Leben verabschieden. Es gibt aber auch einzelne Beispiele von sehr lebendigen und aktiven Dörfern. Meist findet man dort Menschen, die Gelegenheit hatten „über den Tellerrand zu schauen,“ oder die noch sehr stark vom eigenen Erleben früherer sozialer Aktivitäten in den Dörfern geprägt sind. Das Institut für ländliche Räume der Universität Rostock hat sich in einer Studie zum aktiven und sozialen Dorf intensiv mit diesen Fragen beschäftigt und ist zu überraschend ermutigen Ergebnissen gekommen. Gerade in den ländlichen Räumen der ostdeutschen Bundesländer lassen sich bei genauerem Hinsehen noch manche Fäden aufgreifen, die durch die Umbrüche der letzten zwanzig Jahre verschüttet worden sind.

Um Menschen zu motivieren, die Gestaltung ihrer Lebensbedingungen selbst in die Hand zu nehmen, braucht es Anreize. Netzwerke wie sie über Leader oder Regionen Aktiv z.T. geschaffen werden konnten, sind wichtig, um neue Ideen und Lösungsansätze in die Regionen zu tragen und neue Kontakte zu knüpfen. Insgesamt denke ich, dass es darum gehen muss, dezentrale Lösungen zu finden und diese Ebene z.B. auch mit finanziellen Anreizen zu stärken. Engagiertes und kooperatives Vorgehen muss sich für die jeweilige Gruppe oder die Gebietskörperschaft lohnen und sich in individuellem Nutzen für die Beteiligten niederschlagen. Dabei brauchen sowohl die gewählten Vertreter in den Gemeinden als auch die darüber hinaus ehrenamtlich Aktiven professionelle Unterstützung und Beratung bei der Frage wie sie bestimmte Probleme in ihren Gemeinden angehen können (z.B. über ein qualifiziertes und integriert arbeitendes Regionalmanagement oder Institutionen wie die an manchen Orten existierenden Akademien für den ländlichen Raum).

Die öffentliche Verwaltung braucht Unterstützung bei der Frage, wie mit bürgerschaftlichem Engagement umzugehen ist, wenn es denn nicht nur theoretisch, sondern tatsächlich auch praktisch vorhanden ist. Weiterhin bedarf es dringend einer Durchforstung der unzähligen Bestimmungen, die unkonventionelle, aber sparsame Lösungen für Aufgaben der Daseinsfürsorge auf den Dörfern fast unmöglich machen (z.B. Spielplatzbau, Kinderbetreuung, Essensversorgung, private Transporte, etc.).

Es gibt gerade zu diesen Fragen in den Regionen viele „Experten“, die sich bereits seit vielen Jahren im sozialen, kulturellen oder auch wirtschaftlichen Umfeld stark engagieren und deren Know How für die politische Diskussion um diese Fragen durch die Schaffung entsprechender Plattformen auch auf überregionaler Ebene mehr als bisher nutzbar gemacht werden sollte.

4. Wie sind die Programme und Maßnahmen der GAK inhaltlich zu bewerten? Welche Korrekturen sind erforderlich, um eine bessere Unterstützung einer unternehmerischen Landwirtschaft zu sichern?

Alle Maßnahmen inhaltlich zu bewerten, ist mir nicht möglich. Was das Agrarinvestitionsprogramm angeht, bin ich aber skeptisch, ob die bereitgestellten Mittel wirklich effizient zur Sicherung von Beschäftigung und Einkommen im ländlichen Raum eingesetzt werden. Wirklich unternehmerisch denkende Landwirte nehmen bei einem Fördersatz von 25%, der sich im Gewinn nach Steuern weiter reduziert, das aufwendige und komplizierte Antragsverfahren und die mit der Förderung verbundenen Sanktionsmöglichkeiten nur in Kauf, wenn Ihnen ein Berater zur Seite steht, der das nebenbei erledigen kann. Von diesen Landwirten würden in den meisten Fällen die anstehenden Investitionen auch ohne Förderung bewältigt. Hier fehlte es bei uns bisher eher an Banken, die bereit sind, sich im landwirtschaftlichen Sektor zu engagieren. Für wirklich innovative und wertschöpfungsintensive Vorhaben, wie z.B. die Integration alternativer Energien in die Betriebsabläufe, die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen und den Aufbau von Verarbeitungslinien, etc. ist der Fördersatz nicht ausreichend, da zunächst hohe Kosten für die Beschaffung des entsprechenden Know Hows, die Erschließung von Vermarktungswegen, dem Aufbau von Netzwerken, etc. anfallen.

Vor dem Hintergrund der absehbar sinkenden Direktzahlungen an die Landwirtschaft muss es verstärkt darum gehen, Landwirten in benachteiligten Gebieten Wege aufzuzeigen wie sie außerlandwirtschaftliches Einkommen erzielen können (Stichwort Multifunktionalität). Solche unternehmerisch innovativen Wege bedürfen zusätzlicher Unterstützung. Neben Investitionsmitteln geht es dabei wesentlich um die Vermittlung von Wissen und die Etablierung guter Beratungssysteme.

Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen auf den Agrarmärkten und der vergleichsweise guten Wettbewerbsposition der deutschen Landwirte, sollte die Förderung viel stärker auf die Unternehmen konzentriert werden, die sich in Bereiche vorwagen, in denen Investitionsbedarf besteht, der gesellschaftlich erwünscht ist, sich betrieblich zunächst aber weniger gut rechnet.

Der große Mangel an kreativen und risikobereiten „Nachwuchs unternehmern und -unternehmerinnen“ im ländlichen Raum unterstreicht darüber hinaus noch einmal die Notwendigkeit der Investitionen in die Köpfe der Menschen, die den ländlichen Raum nachhaltig und wirtschaftlich tragfähig entwickeln sollen.

5. Auf welche Maßnahmen und Programme der GAK kann verzichtet werden?
6. Ist die bisherige Zeitspanne von 10 Jahren für die Generalpläne Küstenschutz noch zeitgemäß oder sollte diese Spanne verkürzt werden?
7. Welche Änderungen müssen vorgenommen werden, um der Gemeinschaftsaufgabe eine größere Bedeutung zukommen zu lassen?
8. Ist eine Reduzierung der Programme, die heute - länderspezifisch- in der GAK vorhanden sind, sinnvoll?
9. Ist die GAK das richtige Instrument als langfristige Politik für den ländlichen Raum, auch in der Förderperiode der EU nach 2013?
10. Ist die Förderung der Flurneuordnung, des Wegebaus und von wasserwirtschaftlichen Pflichtaufgaben über die GAK weiterhin notwendig?
11. Wie kann die Förderung von Agrarinvestitionen stärker an hohe, über den gesetzlichen Mindestanspruch hinausgehende Standards in den Bereichen Tier-, Natur-, Klima- und Umweltschutz gebunden werden?

Eine sehr viel stärkere Bindung der Investitionsförderung an gesellschaftlich erwünschte Leistungen oder die Schaffung einer entsprechend hohen Anzahl von Arbeitsplätzen ist aus meiner Sicht notwen-

dig, um den Einsatz von Steuergeldern zu rechtfertigen. Letzteres müsste allerdings dann auch in der gewerblichen Wirtschaft stärker als bisher greifen. Im Hinblick auf die Ausgestaltung und die Bindung an Kriterien liegen aus verschiedenen Programmen bereits Erfahrungen vor, die ausgewertet werden müssten.

12. Ist der PLANAK geeignet, um eine im Sinne der ländlichen Entwicklung Ziel führende Programmierung der GAK durchführen zu können? Wo gibt es Verbesserungsbedarf?

VI. Finanzierung

1. Der ländliche Raum hat als Lebens-, Wirtschafts-, Erholungs-, Natur- und Kulturlandschaftsraum Bedeutung für ganz Deutschland. Sollte diese Gemeinwohlleistung eigenständig finanziell vom Staat unterstützt werden?

Eine pauschale Rechtfertigung für die Fortsetzung oder Erhöhung der Transferzahlungen an die Landwirtschaft lässt sich aus den genannten Funktionen nach meiner Einschätzung nicht ableiten und hat bereits zu Fehlentwicklungen geführt. Hier sind die gesellschaftlich gewünschten und öffentlich zu entgeltenden Leistungen sehr viel konkreter als bisher zu definieren.

2. Sollte im Zuge einer derartigen Weiterentwicklung das bisherige Prinzip der Mischfinanzierung durch Bund und Länder wie bisher fortgeführt werden?
3. Würde eine Änderung der Co - Finanzierungsregeln das Interesse an der GAK erhöhen?
4. Ist die Finanzierungsverteilung innerhalb der GAK von 60 % Bundesanteil und 40 % Landesanteil geeignet, um einen effizienten Einsatz der Finanzmittel im Sinne der ländlichen Regionen zu gewährleisten?

VII. Zuständigkeiten

1. Die Förderung des ländlichen Raums ist eine Querschnittsaufgabe. Sollte diese Aufgabe gleichberechtigt von mehreren Ministerien oder von einem Einzelressort übernommen werden?
2. Halten Sie eine klare eindeutige Federführung eines Ministeriums auf Bundes- bzw. Landesebene zur erfolgreichen Umsetzung der Entwicklung einer derartigen „Gemeinschaftsaufgabe zur Entwicklung ländlicher Räume“ für zwingend erforderlich?
3. Müsste es nach ihrer Auffassung zu einer neuen Qualität der Zusammenarbeit der bisher handelnden Ministerien in den Bundesländern bei der Entwicklung einer „Gemeinschaftsaufgabe zur Entwicklung ländlicher Räume“ kommen?

Dies würde mit Sicherheit neue Impulse für Entwicklungsprozesse im ländlichen Raum bringen. Ich habe einige Personen (Bürgermeister, Unternehmer, Funktionäre) im Blick, die selbst ein bisschen die personifizierte integrierte Entwicklung sind und es aufgrund ihrer persönlichen Kontakte und ihrer Hartnäckigkeit geschafft haben, gemeinsam mit verschiedenen Ministerien erstaunliche Projekte auf den Weg zu bringen.

4. Welche Rolle sollte ihrer Auffassung nach den kommunalen Gebietskörperschaften im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe zur Entwicklung ländlicher Räume“ zukommen? Die Kommunen stellen die eigentliche Handlungsebene im Rahmen der ländlichen Entwicklung dar. Im Rahmen der GAK sind sie bisher nur Antragsteller und nehmen keinen Einfluss auf die Auswahl der Fördermaßnahmen. Die meisten Kommunen wären sehr wohl in der Lage ihre Probleme und ihren Handlungsbedarf konkret zu formulieren. Diese Kompetenzen wurden vielen im Rahmen von Reformen aber weitgehend entzogen und werden nun punktuell ersetzt durch die partizipativen Ansätze der ländlichen Entwicklung. Um flächendeckend zu greifen, müssten aber diese sehr viel stärker an jeder einzelnen Kommune ansetzen. Wie vor diesem Hintergrund die konkrete Ausgestaltung im Rahmen einer neuen GAK aussehen müsste, dazu könnten sicher viele sehr erfahrene, engagierte und erfolgreich arbeitende Kommunalvertreter und –vertreterinnen eine Menge Input beitragen.